

# Sheikh Jarrah: Eine menschenrechtliche Tragödie vollzieht sich in Ostjerusalem

## I. Worum es geht

Was uns in einem demokratischen Rechtsstaat unvorstellbar erscheint, vollzieht sich schon seit Jahrzehnten in der sogenannten „einzigen Demokratie des Nahen Ostens“, im Staate Israel:

Gerichtliche Verfahren zur Aberkennung von Besitzrechten und zur Enteignung, Delogierung und Vertreibung alteingesessener, friedlicher Hausbewohner von ihrem erworbenen Besitztum – allein deshalb, weil sie nicht derselben Religion und ethnischen Herkunft angehören wie die herrschende politische Elite in Israel. Darum sind sie verbalen und physischen Angriffen durch regierungsnahen orthodoxen Ultranationalisten bis hin zu polizeilichen Schikanen und Übergriffen ausgesetzt, und schließlich sehen sie sich mit legislativen Machenschaften [dubioser Immobilienorganisationen](#) konfrontiert, gegen die sie nur versuchen können, sich juristisch zu wehren – mit erdrückenden Kosten ihrer Rechtsverteidigung.

## 2. Israel, eine klassische Ethnokratie

Die Basis dafür, dass israelische Gerichte solchen Enteignungsklagen stattgeben, bietet die diskriminierende Gesetzgebung des Staates. Dieser hat statt einer Staatsverfassung Grundgesetze erlassen, durch die er sich als exklusiv „jüdisch“ definiert, ungeachtet seines 24%igen nichtjüdischen Bevölkerungsanteils.

„Israel als Nationalstaat des jüdischen Volkes“, allgemein bezeichnet als „Nationalstaatsgesetz“, lautet seit 2018 das Grundgesetz des Staates Israel, das (1) dessen „jüdischen Charakter“, (2) Israel als die „nationale Heimstätte des jüdischen Volkes“ und (3) das vereinte Jerusalem als Hauptstadt festschreibt. (4) Hebräisch wurde zur alleinigen Nationalsprache erklärt, während Arabisch, das in Israel bis dahin ebenfalls offizielle Sprache war, nur noch einen nicht näher definierten Sonderstatus erhielt. (5) Betont wird in dem Gesetz auch, dass [ethnisch reine] jüdische Siedlungen in Israel im Interesse des Nationalstaates seien.

Im Fall Ostjerusalems, dessen Bevölkerung seit jeher vorherrschend arabisch ist, kommt erschwerend hinzu, dass es sich um einen Teil Palästinas handelt, das seit 1967 vom israelischen Militär völkerrechtswidrig okkupiert, inzwischen aber als staatliche Einheit von derzeit 138 UN-Mitglieds-

staaten anerkannt ist, u. a. von Schweden. Somit verletzt die Beschlagnahme von palästinensischem Privateigentum in Ostjerusalem auf Basis israelischer Enteignungs- und Vertreibungsgesetze auch das humanitäre Völkerrecht und die IV. Genfer Konvention (bes. [Art. 49](#)) und bedeutet nach Meinung namhafter Völkerrechtsexperten ein permanentes Kriegsverbrechen gemäß dem [Statut des Internationalen Strafgerichtshofs \(IStGH\)](#).

## 3. Geschichtlicher Rückblick

Sehen wir uns die historische Vorgeschichte an: Nach den gescheiterten Aufständen jüdischer Rebellen gegen die römische Oberhoheit **70** und **136 CE** (n. Ch.) lag Jerusalem komplett in Trümmern. Darauf gründete Kaiser Hadrian eine Kolonie namens „Aelia Capitolina“ ohne Stadtmauern, deren [Hauptachsen](#) nach [römischer Stadtbauweise die Struktur der Altstadt](#) bilden (*cardo* N-S-Achse und *decumanus* O-W-Achse). Das Land zwischen Jordanfluss und Mittelmeer hieß fortan „Palästina“. Die heutige imposante Stadtmauer der (lange Zeit weitgehend bedeutungslos gebliebenen) Stadt wurde erst während der osmanischen Ära im **16. Jhd.** gebaut. Nach deren Ende (**1917**) unterstellte **1922** der Völkerbund Palästina der [interimsmäßigen Verwaltung Großbritanniens](#). Diese endete im **Mai 1948**, worauf die seit den 1870er Jahren aus Europa einwandernden und die ansässige Bevölkerung verdrängenden zionistischen Kolonisten einen „jüdischen“ Staat unter dem Namen „Israel“ ausriefen. Doch schon **seit 1947** hatten [jüdische Untergrundmilizen](#) und paramilitärische [Terrorseinheiten](#) begonnen, Häuser in die Luft zu sprengen, friedliche arabische Dörfer anzugreifen, zu plündern und dem Erdboden gleichzumachen und darauf jüdische Siedlungen oder Naturschutzgebiete anzulegen. Die überwiegende Mehrheit der wohlhabenden palästinensischen Gemeinde in Westjerusalem (etwa 28.000) sah sich in Voraussicht der kommenden Kämpfe genötigt, ihre Besitzungen ohne Entschädigung rechtzeitig zu verlassen und sich im Ausland in Sicherheit zu bringen. Fast alle Zurückgebliebenen dagegen sind in der Endphase des Vorrückens der jüdischen Milizen [massakriert](#) oder vertrieben worden (> [Video](#)). Nach vorsichtigen Schätzungen waren **vor 1948** 30 % der Immobilien in Westjerusalem im Besitz von arabischen Einwohnern gewesen.

#### 4. Die Teilung der Stadt

Der Vormarsch der zionistischen Milizen **1948** wurde durch arabische Freischärler und die Arabische Legion aus dem Osten gestoppt, sodass die Kämpfe nach politischem Druck der Großmächte schließlich Anfang **1949** zum Erliegen kamen. Zu diesem Zeitpunkt hatten die Zionisten **widerrechtlich weite Gebietsteile erobert**, die sie selbst als dem arabischen Volk vorbehaltenen Teil Palästinas laut UN-Teilungsplan (1947) vorgeblich anerkannt hatten. Die ausgehandelte Waffenstillstandslinie – seither als „Grüne Linie“ völkerrechtlich anerkannt – verlief fortan mitten durch die Stadt Jerusalem und trennte sie in einen West- und einen Ostteil. Während viele der arabischen Westjerusalemer in den Ostteil flüchteten, wurde die Minderheit der jüdischen Bewohner des Ostteils durch die zionistische Untergrundarmee **Hagana** gezwungen, ihre Wohnsitze zu verlassen und in den Westteil zu übersiedeln. Dort wurden die beschlagnahmten und meist voll eingerichteten palästinensischen Häuser (etwa 10.000) an sie verteilt. Zusätzlich erhielten sie eine Entschädigung vom israelischen Staat für ihr zurückgelassenes Eigentum im Osten. Der 1942 in Sheikh Jarrah geborene ehemalige israelische Generalstaatsanwalt Michael Ben-Yair war einer von ihnen. **Er schrieb:**

*„Wir waren nicht die einzigen, die Ersatzwohnungen erhielten, die geflüchteten Arabern gehört hatten. Alle Bewohner des Wohnviertels Sheikh Jarrah/Shimon Hatzadik erhielten Ersatzwohnungen in Immobilien, die von nach Ostjerusalem geflohenen Arabern aufgegeben worden waren.“*

Im Gegensatz dazu wurde den arabischen Flüchtlingen – nicht nur aus dem Westteil – das Recht auf Entschädigung mittels diskriminierender Gesetze wie den mehrmals (1950-1973) erweiterten „Absentees' Property Laws“ verweigert, die nur für „abwesende“ – geflohene oder vertriebene – Nichtjuden angewendet werden. Insgesamt verloren **1947-1949** 750.000 Palästinenser/innen ihre Heimat durch Flucht und Vertreibung, und mehr als 500 ihrer Dörfer wurden in den Gebieten, die unter israelische Kontrolle fielen, plattgemacht (s. o.) oder mit jüdischen Einwanderern besetzt.

#### 5. Die Sheikh Jarrah-Kontroverse und ihre Vorgeschichte (ausführlich > [hier](#))

Das Ostjerusalemer arabische Dorf Sheikh Jarrah (aš-Šaiḥ Ġarrāḥ) nördlich der Altstadt ist nach dem **1201** dort begrabenen Leibarzt Saladins, Scheich Dscharrāh, benannt. Im 19. Jahrhundert

(**1865**) wurde begonnen, Wohnhäuser auch für muslimische Persönlichkeiten aus der Altstadt zu bauen, wodurch der Ortskern wuchs.

In der Nähe befindet sich auch ein Schrein, der nach mittelalterlicher **Pilgertradition** für **das Grab** des jüdischen Hohenpriesters „**Simon des Gerechten**“ (Shim'on HaTzaddik, 3. Jhdt. BCE) gehalten wurde. Aufgrund einer 1871 entdeckten Inschrift sind sich Historiker und Archäologen jedoch einig, dass es sich **nicht um dessen Grab** handeln kann, sondern wohl um die Grabstätte einer römischen Matrone namens Julia Sabina aus dem 2. Jhdt. CE.

**1875** eigneten sich zwei jüdische Komitees nahe dem Schrein zwei Grundstücke an – angeblich durch Kauf (es existiert keine entsprechende Eintragung im türkischen Grundbucharchiv) – und errichteten darauf **1890** kleine Ansiedlungen.

Bei der osmanischen Volkszählung **1905** wurden in Sheikh Jarrah **167** muslimische, **97** jüdische und **6** christliche Familien (vorwiegend evangelische) gezählt. Bis **1947/48** lebten sie am Ort friedlich neben einander.

In den **1950er** Jahren unter jordanischer Verwaltung errichteten die jordanische Regierung und das UN-Flüchtlingshilfswerk UNRWA **auf unbebaut gebliebenen Teilen des Grundstücks 28** kleine Wohneinheiten für arabische Flüchtlingsfamilien aus Westjerusalem, Jaffa, Haifa und Salafind, die **1948** aus ihren Häusern ohne Rückkehrrecht vertrieben worden waren. In den **1960er** Jahren wurde eine Vereinbarung getroffen, dass sie darin drei Jahre als geschützte Mieter wohnen könnten und danach das Eigentum an den Häusern mit Grundstücksurkunden erhalten würden. Als Gegenleistung mussten sie auf ihre Flüchtlingsdokumente und die damit verbundenen Rechte verzichten. Dieser Prozess wurde durch den Ausbruch des Sechstagekrieges unterbrochen, als Israel das Westjordanland samt Ostjerusalem eroberte und illegal besetzte und Jordanien die Kontrolle über die Gebiete verlor. (Allerdings hat kürzlich die jordanische Regierung 14 Abkommen aus den 1960er Jahren mit palästinensischen Familien in Sheikh Jarrah ratifiziert, um deren Position gegenüber israelischen Gerichten zu stärken.)

Infolge der israelischen Eroberung Ostjerusalems **1967** kam es neuerdings zu Flucht und Vertreibung palästinensischer Einwohner. Der Staat beschlagnahmte ihr Eigentum – abertausende Hektar –, um riesige jüdische Stadtviertel zu bauen.

Entgegen der Zusage des Justizministers **1968**, die UNRWA-Vereinbarung einzuhalten, erließ der Staat **1970** ein Gesetz, das es Juden ermöglichte, ehemaliges Eigentum in Ostjerusalem zurückzufordern, obwohl sie bereits enteignetes palästinensisches Eigentum als Entschädigung erhalten hatten (s. o.). So zogen die jüdischen Komitees **1972** vor Gericht, um das Eigentum an den Grundstücken in Sheikh Jarrah anzufechten. Siedlerunternehmen wie „Nahalat Shimon International“ stürzten sich auf die **1948** verlassenen jüdischen Grundstücke und begannen, mit fragwürdigen Mitteln und der [Rolle staatlicher Behörden 1972-1982](#) die vermeintlichen Rechte daran von angeblichen Erben und den jüdischen Komitees (s. o.) zu erwerben. **2008** legte Nahalat Shimon der Stadtverwaltung einen Plan vor, um das Viertel abzureißen und **200** Wohneinheiten zu bauen (Bebauungsplan 12705).

## 6. Der Räumungsfall der Familie al-Kurd als Exempel

Im Jahr **2001** brachen religiös-nationalistische Siedler in einen versiegelten Teil des Hauses der **1948** aus Haifa stammenden palästinensischen Flüchtlingsfamilie [al-Kurd](#) in Sheikh Jarrah auf dem strittigen „Shim'on HaTzaddik“-Gelände ein und weigerten sich, es zu verlassen, da sie behaupteten, das Grundstück gehöre Juden. Das Jerusalemer Bezirksgericht entschied **2008**, dass es aufgrund eines von den Anwälten der jüdischen Familien vorgelegten Kaufvertrags aus der osmanischen Ära dem jüdischen Komitee gehört habe, das die Rechte an eine Siedlerorganisation übertragen hatte. Das Gericht urteilte zwar, dass die al-Kurds bleiben konnten, sofern sie Miete an die Siedlerorganisation zahlten, aber nachdem diese dies verweigerten, da sie sich als Eigentümer betrachteten, entschied das Gericht auf Zwangsäumung.

Ein Jahr danach (**2009**) konnten die Anwälte der Palästinenser Dokumente aus den osmanischen Archiven Istanbuls vorlegen, die belegten, dass das Grundstück, von dem die jüdische Organisation behauptete, nunmehr Eigentümerin zu sein, nur gepachtet war, und sie somit nicht die rechtmäßige Eigentümerin sein kann. Darüber hinaus behaupteten die palästinensischen Familien und ihre Unterstützer, dass der Kaufvertrag, den die Anwälte der jüdischen Familien vorgelegt hatten und der vom Obersten Gerichtshof bestätigt worden war, in Wirklichkeit eine [Fälschung](#) sei und daher das ursprüngliche Urteil und damit auch

die Räumungen rückgängig zu machen seien. Die Aufforderung der Familie al-Kurd an das Gericht, die neuen Beweise zu prüfen, wurde mit dem Hinweis der „Endgültigkeit“ abgelehnt („zu spät“).

## 7. Weitere drohende Zwangsäumungen

Mit Stand von **2016** waren in Ostjerusalem laut dem Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten ([OCHA](#)) gegen mindestens **180** palästinensische Haushalte Räumungsklagen eingereicht. Infolgedessen waren **818** Palästinenser, darunter **372** Kinder, von der Vertreibung bedroht.

Dutzende Familien aus Sheikh Jarrah wurden in den Jahren **2002**, **2008**, **2009** und **2017** [vertrieben](#), und [jüdische Familien zogen ein](#), nachdem der Oberste Gerichtshof [ähnliche Entscheidungen](#) zugunsten israelischer religiös-nationalistischer Familien getroffen hatte. Derzeit (Okt. **2021**) sind gerichtliche Zwangsäumungen von [13 Familien mit 58 Personen](#) in Schwebelage, darunter **17** Kinder.

## 8. Die Sicht der internationalen Staatengemeinschaft

Aufgrund der Völkerrechtswidrigkeit der Annexion Ostjerusalems **1980** durch das israelische Parlament ist die Anwendung israelischer Boden- und Eigentumsrechte auf diese Grundstücke „null und nichtig“. Eine ganze Kette von Resolutionen des UN-Sicherheitsrats behandelt den Status Jerusalems: Israel verstößt unter anderem gegen die SR-Resolutionen [252](#) (1968), [267](#) (1969), [471](#), [476](#), [478](#) und [465](#) (alle 1980). Als UNO-Koordinator für den Friedensprozess im Nahen Osten verurteilte [Robert Serry](#) die israelischen Gerichtsentscheidungen zu den Zwangsäumungen in Sheikh Jarrah. Das US-Außenministerium bezeichnete sie als Verstoß gegen Israels Verpflichtungen im Rahmen der „[Roadmap for Peace](#)“, dem **2003** von dem sog. [Nahost-Quartett](#) entwickelten „Fahrplan für den Frieden“ (UN-Resolution [1515](#)). Israel fühlt sich jedoch daran nicht gebunden.

„[Human Rights Watch](#)“ (HRW) veröffentlichte eine [Erklärung im Mai 2021](#), in der es hieß, dass die ungleichen Rechte zwischen palästinensischen und jüdischen Bewohnern Ostjerusalems ...

„... die [Realität der Apartheid](#) unterstreichen, mit der die Palästinenser in Ostjerusalem konfrontiert sind“.

(>>> [Video](#))

Israelische Menschenrechtsgruppen schätzen, dass mittlerweile mehr als **1.000** palästinensische Familien in Ostjerusalem [von Vertreibung bedroht](#) sind.

## 9. Der politisch-ideologische Hintergrund: Die „Judaisierung“ Ostjerusalems

Laut Nachrichtenagentur [Middle East Eye](#) ist der (vermeintliche) „Immobilienstreit“ Teil der Siedlungsstrategie der israelischen Regierung für Ostjerusalem (vgl. [Israeli Masterplans for Jerusalem](#)). Aryeh King, stellvertretender Bürgermeister und einer der Gründer der illegalen jüdischen Siedlung [Ma'ale HaZeitim](#) am Ölberg, erklärte diese ethnischen Säuberungen gegenüber der New York Times (7. Mai 2021) damit, dass die Vertreibung palästinensischer Familien „natürlich“ Teil einer städtischen Strategie sei, um in ganz Ostjerusalem „Schichten von Juden“ zu schaffen.

Der israelische Historiker [Dr. Meir Margalit](#), ehemaliges Mitglied der Jerusalemer Stadtregierung, konstatierte ([Studie](#): „Kontrolle. Strategie und Praxis der Siedlerbewegung in Ost-Jerusalem“ 2012, S. 48, auf Basis: „[Seizing Control](#)“ 2010):

*„Es war nie die israelische Absicht, den palästinensischen Teil in der Stadt zu integrieren. Israel wollte das Land, nicht die Menschen, und deshalb hat der Staat diese zweischneidige Politik betrieben: Einschluss des Landes, Ausschluss der Bevölkerung.“*

Die beiden „umstrittenen“ kleinen Grundstücke nahe der jüdischen Grabstätte (s. o.) befinden sich nach derzeitigem Stand offiziell im Besitz einer [rechtsgerichteten Siedlerorganisation](#), die von einer [Strohfirma](#) (*straw company*) gehalten wird, die wiederum über eine Pyramide von ausländischen Steuerparadiesen wie Delaware und den Marshallinseln registriert ist, wodurch es unmöglich ist zu erfahren, wer Aktien des Unternehmens besitzt. Die Unternehmer haben sich auf den Kauf von Grundstücken im ganzen Westjordanland und die Vertreibung seiner Bewohner spezialisiert.

## 10. Die „Konfrontationen“

In den letzten Jahren haben israelische [Siedler ihre Bemühungen verstärkt](#), die Kontrolle über Grundstücke in palästinensischen Vierteln in Ostjerusalem zu übernehmen. Die Übernahme dieser Grundstücke durch Siedler wie in Sheikh Jarrah verschärfte die Zwangslage der Palästinenser/innen und führte zu Einschränkungen des öffentlichen Raums, der Wohnbebauung und ihrer Bewegungsfreiheit durch Checkpoints und zu „Spannungen“ und „[Zusammenstößen](#)“. ([Euphemistische Begriffe](#) wie diese sind geeignet, die [einseitige](#) Anwendung brutaler Gewalt (>>> [Video](#)) durch die israelischen Sicherheitskräfte zur Unterdrückung

[friedlicher Proteste](#) gegen Zwangsräumungen und [Hauszerstörungen](#) in den westlichen Medien zu verschleiern.)

Anfang Mai 2021 gerieten erstmals aus Anlass der Enteignungsbestrebungen [Palästinenser und israelische Siedler in Sheikh Jarrah aneinander](#). Einige Demonstranten hatten begonnen, kleine palästinensische Flaggen zu schwenken. [Die Polizei griff die Demonstranten gewaltsam an](#), entriss ihnen [widerrechtlich](#) die Fahnen und [nahm vier Personen fest](#). Die Demonstration löste sich in Wut und Frustration über das Vorgehen der Polizei auf.

Zum Fastenbrechen hatten Palästinenser in Sheikh Jarrah [nächtliche „Iftars“](#) (das abendliche Mahl während des Ramadam) im Freien abgehalten. Auf der gegenüberliegenden Straßenseite richtete am 6. Mai der rechtsextreme Knesset-Abgeordnete [Itamar Ben-Gfir](#) provozierend zusammen mit [Ben-Zion „Bentzi“ Gopstein](#) sein „Büro“ ein – mit einem Tisch unter einem Baldachin (>>> [Foto](#)).

Auf Videos in den sozialen Medien war zu sehen, wie ein Israeli den palästinensischen Iftar-Tisch mit Pfefferspray besprühte, was zu gewaltsamen Zusammenstößen führte und Demonstranten beider Seiten einander mit Steinen und Stühlen bewarfen. [Die israelische Polizei griff ein](#) und nahm mindestens 15 Personen fest, allesamt Palästinenser.

---

### Exkurs:

Sowohl Ben-Gfir als auch Gopstein sind Schüler des orthodoxen Rabbiners und rassistisch-ultranationalistischen Politikers [Meir Kahane](#) (1932-1990).

[Bentzi Gopstein](#) ist Gründer und Direktor der jüdischen Anti-Assimilations-Organisation [Lehava](#) (21. April 2021: „[Tod den Arabern!](#)“). Er hatte 2003 [Baruch Goldsteins](#) Massenmord in der Hebron [Ibrahimi Moschee](#) von 1994 gelobt. In einem 2015 mitgeschnittenen Vortrag [forderte](#) er unter Berufung auf [Maimonides](#) das Niederbrennen christlicher Kirchen und später die Ausweisung der Christen sowie das Verbot von Weihnachtsfeiern in Israel.

[Itamar Ben-Gfir](#) ist Vorsitzender der neo-kananistischen, religiös-zionistischen Knesset-Partei „[Otzma Jehudit](#)“. [Ende Exkurs]

---

### Fazit:

Die drohenden Ausweisungen werden als „Anlass“ ([Heinz Gärtner](#)) und Brennpunkt der israelisch-palästinensische Krise von 2021 angesehen.

---

Quellen: [Ha'aretz-Dokumentationen](#), [Wikipedia](#) ([Sheikh Jarrah](#), [Sheikh Jarrah Controversy](#), [Scheich Dscharrah](#)), [Occupied New](#), [OCHA](#), [Ir Amim](#), u. a.

© Fritz Weber, [benaja \[at\] gmx.at](#) – 16. Oktober 2021.